

Rot-Grün will Senioren helfen, länger mobil, gesund und im eigenen Heim zu bleiben. Zu dem Zweck sollen Wohnviertel im Land altenfreundlich umgebaut werden. Doch kann einem einzelnen Bundesland dieser Kraf gelingen?

Einen alten Baum verpflanzt man nicht - plötzlich war diese Einsicht da. Der Gedanke kam Barbara Steffens bei irgendeinem i Besuche in Altenheimen und Pflegestationen. War es, als die altersverwirrte Heimbewohnerin ihr erzählte, sie müsse raus au und zurück in ihr Wohnzimmer, da brenne noch Licht? Oder als eine Patientin ihr berichtete, sie sehne sich so nach dem alten Anblick, wenn sie morgens aus dem Fenster schaue?

Wie auch immer - die Devise vom alten Baum ist zum Fundament von Barbara Steffens' Seniorenpolitik aufgestiegen. Das die Eckpunkte der rot-grünen Pflegereform, die die grüne Seniorenministerin vor vergangene Woche vorlegte. Diese adeln die Ma Nichtverpflanzen älterer Bäume sogar zur politischen Antwort auf eine Herausforderung, die vielerorts als nahende Pflegekatastrophe bezeichnet wird.

Gemeint ist damit eine unausweichliche Entwicklung: Die Zahl Pflegebedürftiger steigt. Derzeit sind es 500 000, bis 2030 sollen es 700.000, bis 2050 über eine Million werden - allein in NRW. Um diesem Heer an Pflegebedürftigen gerecht zu werden, müsste etwa vierte Arbeitnehmer in NRW im Gesundheitsbereich arbeiten. Nicht nur Steffens zufolge würde "unsere Gesellschaft an der Kostenlast dieses gigantischen Versorgungsapparats "zerbrechen". Folge: Die Pflegequalität vor allem in Heimen würde dramatisch absinken wäre nicht mal mehr garantiert, dass "alle Pflegebedürftigen satt und sauber leben" können, so warnt Karl-Heinz Fries vom So VdK gegenüber dieser Zeitung. Schon jetzt aber ist die Qualität der Pflege vielerorts nicht mehr garantiert. So werden zehn Prozent der Pflegebedürftigen (in NRW rund 50 000 Menschen) Opfer von Gewalt, wie das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) berechnet hat. Ursächlich dafür ist meistens überfordertes und zu knappes Personal. Ähnlich steht es um die Fesselungen unruhiger oder aggressiver Patienten. Dieses "Fixieren" ließe sich mit mehr Personal oder modernen Sensorbetten häufig vermeiden, aber dafür fehlt wiederum Geld. Kaum verwunderlich, dass weit über 90 Prozent der Pflegebedürftigen nicht ins Heim möchten.

Aber auch häusliche Pflege ist kein Idyll. Pflegenden Angehörige schlittern oft unvorbereitet in diese Situation hinein und sind o durch die Pflege zusätzlich zum Gelderwerb. Häufig werden Angehörige laut VdK durch die Pflege gar "ans Ende ihrer Kräfte" u extreme finanzielle Belastungen geführt. In absoluten Zahlen wird daheim zudem öfter misshandelt als im Heim.

Wie kann die Pflegequalität - ob im Heim oder daheim - da langfristig verbessert werden? Was nutzt da das Nichtverpflanzen " Bäume"? Die laut Wohlfahrtsverbänden effektivste Lösung bestünde darin, einen gewaltigen Geldstrom durch häusliche und s Pflege fließen zu lassen. Und zwar aus Berlin: Die Bundesregierung müsste die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhöh die Pflege körperlich gesunder, aber dementer Menschen finanziell unterstützen. Doch Bundesgesundheitsminister Daniel Bah lehnt dies ab. Schließlich müssten dann die Versicherungsbeiträge angehoben und zusätzliche Milliarden Euro bewegt werden einen Kraftakt des Bundes werde aber jede Pflegereform im Land Stückwerk bleiben, warnen Pflegeexperten wie Günther Bar Vorstand der NRW-Diakonie.

"Sollen wir deshalb die Hände in den Schoß legen und auf den Goldregen aus Berlin warten?", fragt Steffens zurück und antwortet im Gespräch mit dieser Zeitung gleich selbst: natürlich nicht. Sie glaubt daran, dass sich die Pflegequalität auch schon jetzt verbessern lasse: indem man auf die Devise vom Nichtverpflanzen alter Bäume setzt. Will sagen: Senioren bleiben laut vielen Studien länger zufrieden und mobil, wenn sie möglichst lange und selbstbestimmt im vertrauten Wohnumfeld leben. Dann steigt die Lebensqualität während die Kosten der stationären Pflege sinken.

Und deshalb wird die Landesregierung ab 2012 die Kommunen mit Datenbanken, acht Millionen Euro pro Jahr und allerlei Ser anschieben, ihre Wohnviertel so umzubauen, dass Ältere und Pflegebedürftige dort länger leben können - anstatt ins Heim zu Quartiere sollen ihnen Betreuungsangebote aller Art direkt um die Ecke bieten: von der massiv verstärkten ambulanten Pflege

verschiedensten Ärzten über fliegende Händler, Apotheker und einen Vertreter des Bürgeramts bis hin zum Caféhaus. Außerdem Ministerium die Lokalpolitiker für manche Zusammenhänge erst einmal sensibilisieren. Zum Beispiel: Mancherorts verhindert b Schaltung einer Fußgängerampel, dass Rollator-Nutzer während einer Grünphase die andere Seite erreichen. Folge: Sie könne sich nicht selbst versorgen, weil auf der anderen Straßenseite der Supermarkt steht. Und schon gelten sie als pflegebedürftig.

Damit auch Senioren ohne pflegende Angehörige im heimischen Viertel bleiben können, fördert Rot-Grün (in diesem Fall gemeinsam mit dem Bund) zudem den Ausbau von Pflege-WGs. Darin beziehen mehrere leicht Pflegebedürftige gemeinsam ein Haus oder ein in ihrem Viertel - betreut von kommunalen Pflegediensten und kontrolliert von den örtlichen Behörden.

All das könnte die Situation in der häuslichen Pflege tatsächlich entspannen, räumen die Experten von Caritas, Diakonie, VdK ein. All das dürfte die Kommunen aber auch Geld in einer Höhe kosten, die die acht Millionen Euro vom Land weit übersteigt. wäre die Quartiersstärkung vor allem dann, wenn die ambulanten Dienste häufiger und länger helfen sollten. "Wo die Kommunen für solche Verbesserungen herbekommen sollen, bleibt offen", resümiert Diakonie-Vorstand Barenhoff.

Zum Ersten müssen ja gerade NRW-Kommunen massiv sparen, zum Zweiten gibt es in vielen Vierteln keinerlei Infrastruktur, weil Geschäfte und Freizeitangebote auf die grüne Wiese verschwunden sind. Zum Dritten müssten die Kassen erst einmal vom (unwilligen) Bund dazu bewegt werden, das Mehren-gagement der ambulanten Dienste zu bezahlen.

Ministerin Steffens hält wacker dagegen. Sie ist überzeugt, Quartiersstärkung werde nicht teurer, sondern langfristig preiswert dadurch enorme Summen nicht nur beim Bau neuer Pflegeheime gespart werden könnten. Steffens belegt dies eindrücklich: Würden die in NRW jährlich neu registrierten Pflegefälle durch Prävention auch nur einen Monat später pflegebedürftig, wären damit pro Jahr Millionen Euro bei der Pflegeversicherung eingespart. Zudem sollten die Kommunen ja nicht alles selbst finanzieren, sondern durch Koordinierung Menschen daran beteiligen, ehrenamtlich ihr Quartier der Zukunft mit zu gestalten - ob Privatpersonen oder inter Geschäftspartner. Ein Beispiel: Im Hause Steffens erkundigten sich bereits Wohnungsbauunternehmen, ob das Ministerium si seniorengerechten Quartiersumbau beraten könne. Davon versprechen die Gesellschaften sich, ihre Mieter länger zu binden Leerstände zu vermeiden. Dennoch wird die Ministerin wohl weiter gegen den Zweifel ankämpfen müssen, ob sich der pflegepolitische Aufbruch in NRW stemmen lässt - ohne Geldstrom und Unterstützung aus Berlin.

Angemeldet wird dieser Zweifel auch bei einem anderen Teil der Reform: NRW will den bewohnerfreundlichen Heimumbau durch Abschreibungsmöglichkeiten fördern. Auch das löst unter Experten Applaus aus - und die Frage, ob es damit getan sei. Denn Umbaukosten wären gewaltig. Was Heimbewohner zusätzlich zur Grundversorgung brauchen, ist unter Fachleuten recht unstrittig. Erstens: Ihre Privatsphäre muss gestärkt werden durch Klingel, Schloss und Türschild am eigenen Zimmer, durch Einrichtung Möbeln und Einzelzimmer von 18 Quadratmetern samt kleiner Einbauküche. Zweitens sollte jedes Haus permanent Gemeinschaft durch eine zentrale Wohnküche, in der 24 Stunden am Tag mindestens eine Pflegekraft kocht und den Treffpunkt belebt. Drittens sollten Bewohner verstärkt am Leben außerhalb des Heims teilnehmen. Sie müssten zu Museen, Kneipen oder Märkten begleitet werden. Das Problem: Dieses Idealheim existiert laut KDA nirgendwo, ausreichend Personal und Geld dafür gibt es kaum. Steffens argumentiert dagegen, die Lage in Heimen würde sich durch die Quartiersstärkung verbessern, weil dann weniger Menschen ins Heim kämen.

Nur: Dieser Quartiersausbau muss erst mal gelingen.